



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

# KURZ-KNAPP-KAUFMANN

## DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 16/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 16/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

*Michael Kaufmann*  
Ihr Michael Kaufmann

## DIE NEUE „KAUFMANN AKTUELL“ IST DA!

In Ihrem Briefkasten in den Saalekreisen im Wahlkreis 195 finden Sie ab jetzt die neueste Kaufmann aktuell mit allen wichtigen Themen aus Ihrem Wahlkreis und der Berliner Politik. Sie haben meine Zeitung nicht in Ihrem Briefkasten gefunden? Dann senden wir Ihnen gerne eine zu. Wenden Sie sich an meine Bürgerbüros in Kahla, Saalfeld, oder Neustadt/Orla oder schreiben Sie uns eine Nachricht an: [Michael.Kaufmann.wk@bundestag.de](mailto:Michael.Kaufmann.wk@bundestag.de)



# PARLAMANTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

## **Befragung der Bundesregierung mit Ministerin Annalena Baerbock, Ressort Außen und Bettina Stark-Watzinger, Bildung.**

- Beide führten kurz ein: Baerbock war gerade von der Rundreise China, Südkorea und des G7-Außenministertreffens in Japan zurückgekehrt. Die Vertreterin feministischer Außenpolitik hatte erkannt, dass die Zusammenarbeit mit Deutschlands größtem Handelspartner China zwar wichtig wäre, betitelte China allerdings als „systemischen Rivalen“.
- Frau Stark-Watzingers Betonung lag auf dem von Ihrem Ministerium initiierten „Start-Chancen-Programm“, das sie auf eine Milliarde € aufsatteln will, damit benachteiligte Schüler an allgemeinen und berufsbildenden Schulen „speziell“ gefördert werden (gemeint sind Schulen mit einem erhöhten Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund). Nach dem Motto: die Gießkanne soll's richten.
- Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss steigt, auch die Zahl der Studienabbrecher bzw. höherer Bildungslehrgänge hält in Deutschland gem. einer OECD-Studie vom Oktober 22 im internationalen Vergleich nicht mit. So stieg diese Rate im internat. Vergleich von 2000 bis jetzt von 27% auf 48%, in Deutschland stieg die Rate auf 36%. Der Anteil der 20-34-jährigen in Deutschland ohne Schulabschluss ist im Jahr 2021 auf fast 14% gestiegen. Parallel konnten wir dieser Tage der Presse entnehmen, dass in Ludwigshafen 40 Erstklässler gemeinschaftlich sitzengeblieben sind.
- In dieser Republik brennt es an allen Ecken und Enden, aber die Feuerwehr, statt zu löschen, legt weitere Brände und keiner schafft Abhilfe.
- Frau Baerbock wurde von Petr Bystron auf einen internen Email-Schriftwechsel angesprochen, in welchem das AA angewiesen hat, auch in gefälschte Pässe Visa zu erteilen und somit wurden nach Beendigung der Militärmission in Afghanistan bis zu 2 Mio. Afghanen nach Deutschland geschleust.
- Es erfolgte seitens der Ministerin keine Erklärung sondern lediglich eine Zurückweisung der Vorwürfe, trotz vorliegender schriftlicher Beweise.

## **Allgemeine Fragestunde mit dem parlamentarische Staatssekretär Oliver Luksic vom Ministerium für Digitales und Verkehr**

- Stephan Brandner, AfD, wollte wissen, wie feministische Digitalpolitik aussieht, „nachdem wir nun ja von Frau Schulze und Frau Baerbock wissen, dass sich feministische Außenpolitik anscheinend darauf beschränkt, den Einwohnern in Nigeria vorzuschreiben, wo sie ihre Dorftoiletten aufbauen sollen“.
- Aber hier gibt es überraschenderweise gem. Antwort des Staatssekretärs wohl keine Unterschiede in der geschlechtlichen Ausrichtung.

## **Aktuelle Stunde: Debatte über die Weiternutzung der Kernenergie auf Antrag der CDU/CSU**

- Schon 2022 deklarierte das EU-Parlament in der sog. Taxonomie sowohl Gas, als auch Kernkraft als grüne Energien. Aktuelle Schlagzeile: USA leihen Polen 4 Mrd. Dollar für den Bau neuer Kernkraftwerke (Junge Freiheit), Deutschland ist aktuell die Dreckschleuder, was den CO<sub>2</sub>-Ausstoß angeht. Durch Wiederinbetriebnahme von 19, teils uralten Kohlekraftwerken liegen wir bei rund 350gr.CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro KWh, während Frankreich bei gerade mal 33 gr. liegt. Somit hat Deutschland insgesamt 17 KKW abgeschaltet und wird in Zukunft Strom bei den französischen, belgischen oder polnischen Nachbarn einkaufen. Aber in der Ukraine findet unser WiMi die Atomkraft „ok, die sind ja gebaut..“
- Leif-Erik Holm in seiner Rede: Weil Sie die Kernkraftwerke nicht wollen, brauchen Sie noch mehr Gas zur Verstromung. Dafür brauchen wir neue Gaskraftwerke – 50 an der Zahl, noch keines ist in Planung –, und betrieben werden die dann mit teurem LNG. – Kann das noch jemand verstehen?

## **Es folgte eine Unterrichtung durch die Bundesregierung zum Thema Nationale Wasserstrategie (20/6110)**

- Wieder einmal wurde der Klimawandel bemüht, um eine Rechtfertigung für das Abzocken der Bürger zu rechtfertigen und ihn zum Wassersparen zu ermahnen. Aber tatsächlich nimmt die Niederschlagsmenge keineswegs ab.
- Andreas Bleck in seiner Rede: „Der durchschnittliche Jahresniederschlag hat in Deutschland seit 1881 um 8 Prozent zugenommen. Wasserknappheit ist eher ein regionales, als ein nationales Problem...“ Tatsächlich benötigt man aber für den Leitungsbau wiederum Strom, der gerade aktuell durch das Verbot der Kernkraft verknappt und damit verteuert wurde. Wassersparen ist fehl am Platz aufgrund der entstehenden möglichen Keimbildung in den Leitungen. Das Problem der künstlichen Verteuerung soll also durch die Selbstbeschränkung der Verbraucher übertüncht werden. Das hat nichts mit bezahlbarer Grundversorgung zu tun. Im Übrigen schaut die rot-grüne Regierung weg, wenn es um kommerzielle Interessen geht.



- Beispiel: Tesla-Fabrik in Grünheide, die die regionale Wasserarmut verschärft. Was wirklich gebraucht wird ist: Sauberes, klares Wasser, welches frei ist von Schadstoffen als kostengünstige Grundversorgung und einen Ausgleich zwischen wasserreichen und wasserarmen Regionen.
- Es erfolgte Überweisung an den Ausschuss.

***In akribischer Weise forderte der Antrag 20/3706 der AfD die Einsetzung eines 2. Untersuchungsausschusses.***

- Sie stellte in einer Kurzchronologie die sozialen, wirtschaftlichen, finanziellen, gesellschaftlichen, gesetzlichen und politischen Maßnahmen der Bundesregierung während der Grippewelle namens Corona-Pandemie in 2020 und 2021 auf, die eine schier unübersehbare Kaskade an Folgen hatte.
- Dieser Ausschuss sollte auch die undurchsichtige Vergabe von Maskenverträgen, Impfstoffbeschaffung, Impfpflichten und gesundheitliche Folgeschäden beleuchten, plötzliche Geldregen für die Pharmakonzerne uvm.
- Aber wie es scheint, haben die Blockparteien auch hier kein Interesse, Licht ins Dunkel zu bringen:
- Die namentliche Abstimmung ging erwartungsgemäß mit geschlossener Einmütigkeit gegen die AfD aus

**Donnerstag:**

***Die CDU/CSU forderte mit Antrag Nr. 20/6420 in erster Lesung in etwas in abgespeckter Version, was die AfD schon lange fordert:***

- Parallel an diesem Donnerstag war der AfD-Antrag 20/4320 vom Nov. 2022 einmütig, sogar incl. der Linken vom Bundestag abgelehnt worden.
- Inhalt: Das Bundesministerium der Finanzen sollte alles Mögliche unternehmen, damit zügig und vollständig die Erstattungen aus allen Cum-Ex-Verfahren und Cum-Cum-Verfahren durch die Länderfinanzbehörden geltend gemacht werden.
- Nun fordert die CDU einen Untersuchungsausschuss Warburg-Bank.
- Diesem wird die AfD letztlich zustimmen.
- Durch Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung und Geschäftsordnung könnte der Antrag jedoch zum Scheitern verurteilt sein, weil dort die SPD die Mehrheit hat und diese die Zuständigkeit des Bundes bezweifelt.

***In zweiter und dritter Lesung wurde der Gesetzesantrag Nr. 20/5549 der Koalition „zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende“ vom Bundestag gegen die Stimmen der AfD und der Linken verabschiedet.***

- Bis 2032 sollen also alle analogen Stromzähler (nicht fernauslesbar) gegen sog. Smart-meter getauscht werden. Damit kann der Stromanbieter nicht nur je nach Belieben Stromtarife z.B. bei bestimmtem Nutzungsverhalten individuell gestalten, nein, er kann z.B. auch feststellen, wenn man weitere Nutzer in der Wohnung hat, wann Sie aufstehen oder wann Sie Essen kochen usw. Wird die smart-meter Pflicht nicht in der vorgegebenen Frist eingebaut, kann der Strom abgeschaltet werden, es drohen empfindliche Bußgelder. Das Thema Elektrosmog-Belastung durch Mikrowellen, die auch auf die installierten Kupferleitungen im Haus einstreuen, und die nie abschaltbar sind, wollen wir an dieser Stelle gar nicht ansprechen. Diese digitalen „Überwacher“ würden es den Stromkonzernen auch erlauben, bei missliebigen Stromverhalten, den „Saft“ abzudrehen.

***Während die Ampel im Kabinett die Änderung des GEG (Gebäudeenergiegesetz) bereits beschlossen hat, kämpfte die AfD mit Antrag Nr. 20/6415 gegen das Verbot von Öl- und Gasheizungen und mit 20/6416 dafür, das „Eigentum vor der Willkür in der Energiepolitik“ zu schützen.***

- „Habecks Heizungshammer“ (ab 2024 müssen erneuerte Heizsysteme mit mind. 65% erneuerbaren Energien betrieben werden) gleicht nicht nur einer sozialistischen Enteignungsmaßnahme, weil sich viele „Häuslebesitzer“ eine solche teure Umrüstung gar nicht leisten können nein, es ist auch praktisch unmöglich, 60 Mio. Menschen auf Stromheizungen (Wärmepumpen) umzurüsten.
- 500.000 Wärmepumpen pro Jahr, so die Parole von Habeck, ist utopisch, sagte *Marc Bernhard, AfD*, in seiner Rede. „Das Heizen mit Strom ist zudem um 30 Prozent teurer als das Heizen mit Gas“.
- Die Anträge wurden überwiesen, wir kennen ihr Schicksal allerdings schon jetzt. Die TAZ (<https://taz.de/Wirtschafts--und-Klimaministerium/!5822657/>) weiß auch, warum Minister Habeck diese grünen „Hämmer“ so geräuschlos gegen die Verbraucher durchsetzen kann: Denn in seinem Ministerium arbeiten nun nicht mehr an sich politisch neutrale Beamte, sondern der Lobbyclan der Familie Graichen, welche die Öko-NGOs maßgeblich beherrscht.

***Es erfolgten die routinemäßigen Anträge der AfD auf demokratische parlamentarische Beteiligung im Tagungsvorstand des Bundestags (Bundestagsvizepräsident) sowie des Parl. Kontrollgremiums.***

- Sie dürfen raten, wie die Wahlen ausgingen...



**Die Verleihung des höchsten Ordens der Bundesrepublik Deutschland, nämlich dem Bundesverdienstkreuz an Ex-Bundeskanzlerin Merkel durch den von ihr damals ins Amt gehobenen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, stinkt nicht nur nach Vetternwirtschaft, das war aus vielen Gründen für die AfD ein zwingender Anlass, eine aktuelle Stunde zu verlangen.**

- Stephan Brandners Rede war nicht nur inhaltlich, sondern auch gemessen an seinem Redetempo phänomenal. Grundtenor: Diese Frau gehört auf die Anklagebank und zur Rechenschaft gezogen für die katastrophalen Entscheidungen und Gesetzesbrüche gegen die Interessen des deutschen Volkes (<https://dbtg.tv/cvid/7552729>).

**Gesetzesentwurf der Koalition „zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ 20/5993**

- „Mit diesem Energiesicherungsgesetz will sich die grün-kommunistische Bundesregierung selbst die Macht geben, Firmenkonzerne oder Privatleute zu enteignen, wenn sie sie, aus welchem Grund auch immer, zum Feind oder Gegner erklärt hat“, so Karsten Hilse in seiner Rede. „Bei der aktuellen Gesetzesänderung geht es darum, Rosneft, einen der Anteilseigner der PCK Schwedt, zu enteignen.“
- Der Gesetzesentwurf wurde in namentlicher Abstimmung, diesmal unter Ablehnung einer geschlossen auftretenden Opposition (CDU/AFD/LINKE) angenommen.

**In erster Lesung wurde der AfD-Antrag Nr. 20/6276 „Vetorecht des Bundestages bei Waffenexporten in Konflikt- und Kriegsgebiete“ debattiert.**

- Steffen Kotré, AfD forderte in seiner Rede ein Vetorecht des Bundestags bei Waffenlieferungen in Krisengebiete. So sagte er: Der Wissenschaftliche Dienst hat die Ausbildung ukrainischer Soldaten völkerrechtlich bewertet. Deutschland hat den gesicherten Bereich der Nichtkriegspartei verlassen. Die Bundesregierung riskiert, dass Deutschland auch formal zur Kriegspartei wird. [...] Die Ukraine hat nicht einmal den internationalen Waffenhandelsvertrag zur Einschränkung illegalen Handels unterschrieben (siehe Bericht von Europol aus Sommer 2022 <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/ukraine-krieg-waffenschmuggel-101.html>). Und gerade die aktuellen Kriegstreiber Bündnis90/die Grünen hatten noch im Jahr 2000 die „Politischen Grundsätze“ zur Ausfuhr von Rüstungsgütern neu gefasst und verschärft.
- Es erfolgte Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

## Freitag

**Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe über die gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche (20/5650)**

- Der Freitag begann mit einem Deja-vu. Hatten die Konsensparteien noch am Mittwoch den AfD-Antrag „Einsetzung einer Corona-Untersuchungskommission“ in namentlicher Abstimmung abgelehnt, durfte nun über oben genannten Abschlussbericht und die Versäumnisse der Bundesregierung debattiert werden.
- Bundesfamilienministerin Lisa Paus fand einen Zusammenhang zwischen den traumatisierten Kindern aufgrund der Wegsperrung während der staatlich verordneten Pandemie und der Klima- sowie Kriegskrise im Osten. Sie kündigte Mittel zur KITA-Aufstockung über vier Milliarden Euro an und ab Sommer werden sog. „Mental-Health-Coaches“ an den maroden (Anmerkung des Verfassers) Schulen nicht näher definierte Präventionsangebote liefern.
- Gesundheitsminister Lauterbach gestand Fehler ein „Die Schulschließungen hätte man nicht in dieser Länge nicht machen müssen.“, und kündigte Verbesserungen bei der Vorhaltung von Kinderarzneimitteln an. Das beruhigt uns alle sehr.
- Martin Reichardt, AfD sprach dagegen von totalitären Corona-Maßnahmen, wohlwissend, dass Kinder weder ein ernsthaftes Gesundheitsproblem mit dem Virus hatten, noch bedrohliche Spreader waren. Er forderte Lauterbach auf, sich persönlich zu entschuldigen und zurückzutreten.

**Die CDU forderte am Freitag mit Antrag Nr. 20/6412 eine Forcierung der Umsetzung des „Smart-Cities“-Projektes unter anderem mit der Nationalen Dialogplattform unter Einbezug von ländlichen Regionen.**

- Bereits seit 2016 arbeitet die Bundesregierung an der Umsetzung des Projektes unter anderem mit der Nationalen Dialogplattform. Es existieren Förderprogramme für willige Kommunen, die aktuell als Modellstädte den digitalen Wandel in der Verwaltung vorantreiben.
- Was plant die CDU in Wirklichkeit?
- Die AfD sieht in der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltungen, bis hin zu den Privaträumen der Menschen nicht nur Chancen:





### **Mit Antrag Nr.20/5618 fordert die AfD einen nationalen Aktionsplan**

- Auch wendet sie sich gegen digitale Überwachung und Bespitzelung nach dem Vorbild Chinas, die ggf. ein Sozialkreditsystem befördern würde, gegen den Einsatz von Drohnen und Robotern – gerade bei Demonstrationen, gegen die erzwungene flächendeckende Ausstattung mit intelligenten Zählern, unkontrollierte Datenerhebung, KI, die eigenständige Entscheidungen trifft usw.
- Eine in Thinktanks bereits angedachte Abschaffung von demokratischen Wahlen aufgrund der Auswertung von Konsumentenverhalten darf es nicht geben.

### **Der letzte Tagungsordnungspunkt der Woche behandelte das Thema „Data-mining“, zu welchem das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag einen Bericht erstellt hatte 20/5249.**

- Der TAB-Bericht erkennt eine Unschärfe im Begriff und Nachbesserungsbedarf bzgl. Datenschutzrecht, Urheberrecht, Produktrecht, usw. Gleichzeitig fordert er Vereinheitlichung von Patientenakten zur verbesserten Meldung an zentrale Sammelstellen, und verbesserten Zugang auch von privaten, oder Pharmaforschungszentren zu Patientendaten. Allerdings sollen auch die Forschungsdaten der Konzerne für staatliche Institutionen zugänglich sein, die Pfizer-files in den USA sind hier gewissermaßen Vorlage.
- Die AfD lehnt die elektronische Patientenakte z.B. ab. Auch ist eine elektronische Therapieerstellung mit KI als sehr kritisch zu sehen.
- Zustimmung können wir allerdings bei der Offenlegung von Studien der Pharmaindustrie.
- Bei den weiteren Beratungen übernimmt der Ausschuss für Digitales die Federführung.



21. April 23

In meinem Bericht aus Berlin geht es in dieser Woche hauptsächlich um Habecks wahnsinnige und rücksichtslose Heizungspläne.

Sie haben es sicher schon aus den Medien entnommen, dass ab kommenden Jahr in Deutschland keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden dürfen. Dabei weiß niemand, wovon Bürger die stattdessen vorgesehenen teuren Wärmepumpen bezahlen sollen. Abgesehen davon gibt es nicht annähernd genügend Handwerker, um diese einzubauen. Diese irren Pläne der Ampel haben das Potenzial, viele Menschen in unserem Land wirtschaftlich zu ruinieren.

Wir als AfD haben uns in dieser Woche mit gleich zwei Anträgen gegen diesen Anschlag auf unser Eigentum zur Wehr gesetzt.

Weitere Themen:

Bosch schafft neue Arbeitsplätze. Nur nicht in Deutschland. Was kosten Abschiebungen? Und die durch nichts zu rechtfertigende Verleihung des Großkreuzes an Frau Merkel. Auch wenn ich Ihnen dieser Woche wieder manches unangenehme zu berichten habe, lassen Sie den Kopf nicht hängen. Wir werden täglich mehr, die sich gegen die Zerstörung unseres Landes zur Wehr setzen wollen. Das Video finden Sie unter folgendem Link: <https://www.facebook.com/watch/?v=583692803534419>



20. April 23

### **Nach der Debatte zu Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen**

Ein Schnappschuss vom Ende der Bundestagssitzung heute gegen 23:10 Uhr mit Debatte zu Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen



18. April 23

### Orden statt Gericht?

Ein ehemaliger Mitarbeiter im Kabinett Merkels, dem diese zum Posten des Bundespräsidenten verholfen hat, heftet ihr jetzt einen hohen Orden an.

Diese Frau hat Deutschland und dem deutschen Volk unermesslichen Schaden zugefügt:

Angefangen von den Exzessen der Eurorettungspolitik in der Finanzkrise, die über die Nullzinspolitik zur heutigen Inflation führten, dem parteitaktisch motivierten Ausstieg aus der Kernkraft, über die unkontrollierte Einwanderung mit ihren schlimmen Folgen bis hin zur Zerstörung der Demokratie durch den Eingriff in eine freie Wahl in Thüringen. Und das sind nur eini-

ge ihrer selbstherrlichen Entscheidungen. Merkel war der schlechteste deutsche Kanzler seit Hitler.

Die Frage, ob sich Merkel vor Gericht verantworten muss, steht durchaus noch im Raum. Die Mühlen der Gerechtigkeit mahlen langsam - aber unerbittlich.

## VERMISCHTES



21. April 23

### Die neue „Kaufmann aktuell“

*Wer schlau ist liest Sie schnell, unsere „Kaufmann aktuell“*

Ab jetzt in Ihren #Briefkasten im WK195 oder in unseren Wahlkreisbüros Saalfeld, Kahla, Neustadt/Orla

Wenn Sie ein Exemplar zugesendet haben möchten, schreiben Sie uns unter :

Michael.Kaufmann.wk@bundestag.de

Video: <https://www.facebook.com/watch/?v=246872344422885>



20. April 23

### Bretterklos für 1,7 Millionen Euro

Das ist eine der Errungenschaften, auf die Berlin soo stolz ist.

Die Stadt hat sich Ende März 24 Bretterklos für 1,7 Millionen Euro gegönnt - immerhin eins für zweihunderttausend Einwohner.



# KOMMENDE TERMINE IM APRIL:

**KUNDGEBUNG zum 1. MAI**  
01. MAI. 2023 | 16 UHR  
Pöbneck | Markt  
KAUFMANN, THRUM &  
ÜBERRASCHUNGSGÄSTE



**AfD | PÖBNECK**

## Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



**KAHLA**  
Rudolf-Breitscheidstr. 4  
Tel.: 03671 5 23 23 48  
Di.: 13 - 17 Uhr  
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

**NEUSTADT / ORLA**  
Puschkinplatz 6  
Tel.: 036481 84 69 64  
Di.: 13 - 17 Uhr / Do.: 13 - 17 Uhr  
michael.kaufmann.wk02@bundestag.de



**SAALFELD**  
Brudergasse 6  
Tel.: 03671 5 23 23 48  
Mo: 14 - 18 Uhr / Mi.: 12 - 16 Uhr  
michael.kaufmann.wk@bundestag.de



Prof. Dr.-Ing.  
**Michael Kaufmann**, MdB  
[www.Kaufmann-Michael.de](http://www.Kaufmann-Michael.de)



 [www.Kaufmann-Michael.de](http://www.Kaufmann-Michael.de)  
 [Michael.Kaufmann@bundestag.de](mailto:Michael.Kaufmann@bundestag.de)

 @AfDKaufmann  
 @KaufmannAfD

 @KaufmannAfD  
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

[WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE](http://WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE)

